

Stellungnahme

Zum Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung geändert wird.

Ein andauerndes Wirtschaftswachstum hat Österreich und vielen anderen Ländern, darunter überwiegend Industrieländern, zu maßgeblichem Wohlstand und einem hohen Lebensstandard verholfen. Gleichzeitig steht außer Frage, dass die Industrieländer weit über den Verhältnissen leben, die eine nachhaltige Lebensweise voraussetzt.

Der ökologische Fußabdruck Österreichs ist dreimal so groß, wie er für eine nachhaltige Lebensweise sein dürfte. – In anderen Worten: Österreich würde eine Fläche, die dem 3-fachen der Staatsfläche entspricht, benötigen, um seine aktuellen materiellen Bedürfnisse aus dem eigenen Grund und Boden erwirtschaften zu können! Die Treibhausgasemissionen pro Euro Wirtschaftsleistung sind in den vergangenen Jahren in Österreich zwar gesunken, die absoluten Treibhausgasemissionen sind allerdings trotz vielfacher Auslagerung von Produktionsstandorten ins Ausland zwischen 1990 und 2015 laut Umweltbundesamt um 0,1 % gestiegen! Dieser Anstieg ist unter anderem bedingt durch ein höheres BIP und den damit einhergehenden Energiebedarf, Bevölkerungswachstum und ein höheres Wohlstandsniveau – Österreich zeigt demnach in abgeschwächter Form die gleichen Entwicklungen, die auch in großen Teil der Welt stattfinden.

Der nahezu in allen Industrieländern, genauso in Österreich, übliche Zugang, dass – vielfach noch nicht entwickelte – technische Lösungen und die viel gepriesene „Entkopplung“ des Wirtschaftswachstums von Ressourcenverbrauch und Treibhousemissionen das Rezept hin zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft, die auf ständigem Wachstum aufbaut, sein sollen, entbehrt jeglicher Belege für solche Entwicklungen in der Vergangenheit (siehe Treibhausgasemissionen in Österreich). Auch wenn in den letzten Jahren eine Zunahme der Effizienz, gemessen in CO₂-Emissionen pro erwirtschaftetem Euro oder Ressourceneinsatz pro erwirtschaftetem Euro zu vermerken ist, so führt immerwährendes Wachstum geradewegs in eine Zerstörung der Lebensgrundlage für zukünftige Generationen. – Man braucht kein Wirtschaftswissenschaftler zu sein, um zu verstehen, dass der absolute Verbrauch von Ressourcen einer Gesellschaft nicht sinken kann, wenn die Wirtschaftsleistung im gleichen Maß steigt, wie die Effizienz (d.h. der Ressourcenaufwand pro Euro Wirtschaftsleistung) zunimmt.

Betrachten wir ein einfaches Beispiel: Wenn ein Bauer es schafft, durch eine bessere Saftpresse aus derselben Menge an Äpfeln im Vergleich zum Vorjahr 10 % mehr Apfelsaft zu produzieren, dann sinkt der Ressourcenaufwand pro Euro verkauftem Apfelsaft. Verkauft der Bauer dann aber die zusätzlichen 10 % Apfelsaft ebenfalls, anstatt mit weniger Apfelaufwand die gleiche Menge an Saft zu erzeugen, dann verarbeitet er – trotz Effizienzsteigerung – immer noch die gleiche Menge an Äpfeln. – In anderen Worten: Der absolute Ressourcenaufwand wird trotz höherer Effizienz nicht geringer.

Genauso wie beim Apfelbauern verhält es sich mit unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft: Jegliche Effizienzmaßnahme, die zu einem geringeren Ressourcenverbrauch führt, wird durch das unaufhörliche Wachstum kompensiert, was dazu führt, dass der absolute Ressourcenverbrauch entweder steigt oder nur in einem Ausmaß sinkt, das nicht

annähernd ausreicht, um nachfolgenden Generation eine qualitativ gleichwertige Lebensgrundlage zu bewahren.

In 25 Jahren haben wir es trotz steigender Effizienz nicht geschafft, die absoluten Treibhausgasemissionen in Österreich zu senken! Jetzt soll es uns gemäß dem Pariser Klimaabkommen, das Österreich als einer der ersten Staaten unterzeichnet hat, innerhalb von knapp 35 Jahren gelingen, diese Emissionen auf nahezu null zu reduzieren! – „Business as usual“ und „growth as usual“ sind in diesem Zusammenhang keineswegs erfolgversprechende Konzepte. – Vielmehr scheint ein Festhalten am Wachstumszwang einer Realitätsverweigerung gleichzukommen!

Das Bekenntnis zu „einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung“ (noch dazu!) im Bundesverfassungsgesetz **über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung** und die Forschung zu verankern ist ein Widerspruch in sich! In welchem Ausmaß soll die Wirtschaft eines Landes (Österreichs), dessen ökologischer Fußabdruck bereits viel zu groß ist, noch wachsen und mit welcher Begründung im Sinne der Nachhaltigkeit?

Anstatt mit dieser Verfassungsänderung den Weg für Rechtsentscheidungen zugunsten der Wirtschaft und des ungebremsten Wachstums und zulasten der Umwelt, des Klimas und damit der Menschen freizumachen und zu zementieren, sollten Wege in Richtung eines Wirtschaftens und einer Gesellschaft eingeschlagen werden, die dem Gemeinwohl und damit der Bevölkerung dienen.

Es ist an der Zeit, Ideen und Konzepte zu sammeln und Überlegungen für einen funktionierenden Staat anzustellen, dessen Funktion ohne ständiges Wachstum aufrechterhalten werden kann. – Das ist bestimmt keine leichte, aber eine unvermeidbare Aufgabe, der wir uns unmittelbar stellen müssen, wenn Österreichs Bekenntnis zu den Klimazielen mehr ist als leere Worthülsen.

Ewiges Wachstum funktioniert nicht. Die Natur war und ist ein geduldiger Zeuge dafür. Wenn wir am Wachstum als Patentlösung für eine niedrige Arbeitslosenquote, die Pensionssicherung und die Aufrechterhaltung unserer Lebensqualität festhalten – und nichts anderes unterstreicht diese Verfassungsänderung – werden Österreich und seine Bevölkerung gemeinsam mit dem Rest der Welt ebenso Zeuge davon sein, dass wir mit derartigem Handeln unseren Kindern und Kindeskindern die Lebensgrundlage entziehen.

Matthias Linhart, Linz am 11.April 2018